

Zürich

Dicke Luft bei Fischers Fritz

Langjährige Dauermieter auf dem Campingplatz Wollishofen haben das Gefühl, man wolle sie loswerden. Sie erheben Vorwürfe gegen Gastronom Michel Péclard.

Jvo Cukas

Zürich - Vor kurzem erhielt Familie Gabrisch, die seit 37 Jahren Dauermieterin auf dem Campingplatz Fischers Fritz in Wollishofen ist, ein unerfreuliches Einschreiben von Gastronom Michel Péclard: Er habe erfahren, dass sich die Gabrischs über Tagesgäste ärgerten, schreibt Péclard: «Ihre Reklamation, dass diese ihre Zelte überall aufstellen und Ihnen zu nahe an Ihre Privatsphäre kommen, kann ich nicht akzeptieren.» Péclard macht zudem klar, dass die Gabrischs ihren Wohnwagen im kommenden Jahr nicht mehr auf die Zeltwiese stellen dürfen. Stattdessen bekämen sie beim Ruderclub weiter hinten einen Platz. Die Stadt Zürich als Besitzerin, so Péclards Begründung, wolle den Campingplatz für Tagesgäste und Touristen frei halten. «Es ist nicht das Ziel, dass er an Dauermieter vergeben wird.»

Familie Gabrisch bezahlt rund 4600 Franken pro Jahr für ihren Wohnwagen, dessen Überwinterung vor Ort eingeschlossen. Péclard ist für den Campingplatz und das angeschlossene Restaurant als Mieter der Stadt verantwortlich.

Dauermieter gemobbt?

Monika Gabrisch ist wütend: «Das ist ein Vorwand, um uns Dauermieter loszuwerden.» Jahrelang hätten sie einen schönen Platz nahe dem Seeufer gehabt. Seit Péclard vor vier Jahren den Platz übernommen habe, seien die Dauermieter «ganz nach hinten» verschoben worden. «Dort nahm unser Wohnwagen Schaden, weil wir direkt unter einem Baum standen.» Zudem dürfen Gabrischs den Parkplatz vor Ort unter Androhung einer Busse nicht mehr nutzen: «Herr Péclard will dort nur Kunden des Restaurants Fischers Fritz sehen. Dass dieses gut läuft, ist ihm offenbar wichtiger als seine Gäste auf dem Campingplatz.»

Theodor Fink erhielt, wie weitere Dauermieter, ebenfalls ein Einschreiben von Péclard: «Mir wird vorgeworfen, ich hätte Camper während der Street-Parade gehindert, ihre Zelte aufzustellen.» Dies sei schlicht aus der Luft gegriffen, da er zu jenem Zeitpunkt mit seiner Frau in Österreich in den Ferien gewelt habe. Auch Fink findet, die Schraube sei den Dauermietern gegenüber deutlich angezogen worden. So dürften sie beispielsweise ihre Campingtische nicht mehr



Campingplatz Wollishofen: Tagesgäste dürfen am See zelten, Dauermieter werden an die Strasse gedrängt. Foto: Giorgia Müller

vor ihre Wagen stellen. «Wo sollen wir denn grillen und essen?» Schliesslich würden auch andere Campierende ihre Würstchen nicht im Zelt essen. Für Fink ist klar: «Mit uns macht man zu wenig Geld und will uns loswerden.» Er verzichtet künftig auf seinen Dauermieterplatz.

Wirt setzt auf Tagestouristen

Gastronom Michel Péclard wehrt sich. Er habe mit keinem Wort sagen wollen, dass die Dauermieter nicht mehr willkommen seien. Er habe von Zeugen gehört, dass die von ihm Angeschriebenen während der Street-Parade andere Campierende davon abgehalten hätten, ihre Zelte nahe bei den Wagen der Dauermieter aufzustellen. «Das geht nicht.» Gerade rund um den Technogrossanlass sei der Platz proppenvoll, und er schaffe gar zusätzlichen Platz, zum Beispiel auf dem Beachvolleyballplatz. Da er sich bei seinen Einschreiben auf Aussagen des

Platzwartes gestützt habe, könne es sein, dass ihm bei Herrn Fink ein Fehler unterlaufen sei.

Völlig falsch sei, dass die Dauermieter keine Tische vor ihre Wagen stellen dürften. Sie sollten sie lediglich verstauen, wenn sie den Platz nicht benützten. Richtig sei, dass er die besten Plätze nicht an Dauermieter verbe. «Die Stadt als Vermieterin und ich sind uns einig, dass diese Plätze für Campierende frei bleiben müssen», sagt Péclard. Die Dauermieter nutzen ihre Wohnwagen meist nur am Tag. «Kaum einer übernachtet wirklich hier.» Darum mache es keinen Sinn, die Sicht auf den See mit Campingwagen zu verstellen. Bei den Parkplätzen gehe es um Ähnliches: «Die Dauermieter leben meist in Zürich. Da kann man mit dem Bus kommen.»

Den Vorwurf, ihm gehe es nur darum, mit dem Restaurant Geld zu machen, weist Péclard zurück: «Der Camping-

platz hat immer Vorrang, das zeigt sich schon dadurch, dass wir stets versuchen, so viele Campierende wie möglich aufzunehmen.» Zudem könnte er mit Dauermietern eigentlich deutlich mehr Geld verdienen als mit Campern aus dem In- und Ausland, sagt Péclard: «Für Touristen muss ich stets eine gut ausgebauten Infrastruktur bereitstellen.»

Stadt stellt sich hinter Péclard

Die Stadt Zürich stellt sich hinter Péclard, wie Jürg Keller, Sprecher der Liegenschaftsverwaltung, erklärt: «Grundsätzlich möchten wir unserer Mieterschaft, welche als Betreiberin das unternehmerische Risiko trägt, einen Spielraum lassen.» Man unterstütze, dass der Campingplatz möglichst vielen Besuchenden der Stadt offenstehe, die Abgrenzung zwischen Dauermieterplätzen und Plätzen für Tagesgäste sei mit der Stadt abgesprochen.

EVP-Regierungskandidat Gugger: Lohnsenkungen sind kein Tabu

Nik Gugger äusserte sich gestern erstmals ausführlich zu seinen Ambitionen für den Regierungsrat. Parteintern gab es betretene Gesichter.

Edgar Schuler

Zürich - Es kam anders als gedacht. Die EVP wollte gestern am einer Pressekonferenz ihren Regierungskandidaten Nik Gugger ins beste Licht rücken und Optimismus für die kantonalen Wahlen vom April 2015 verbreiten. Die Parteispitze - Kantonalpräsident Johannes Zollinger und Fraktionspräsident Peter Reinhard - musste aber konsterniert zur Kenntnis nehmen, dass Gugger nicht strenggläubig auf der Parteilinie politisiert.

Gugger verkündete zwar zum Auftakt die Floskeln, die man von einem Regierungskandidaten der EVP erwartet: Er wolle langfristig denken, Verantwortung übernehmen, jungen Menschen eine Perspektive geben, gesellschaftliche Fairness walten lassen. Aber gefragt, wo er zuerst sparen würde, wenn er - zum Beispiel im Regierungsrat die Bildungsdirektion übernehmen müsste, sagte er wie aus der Pistole geschossen: «Bei den Löhnen.»

Im Vordergrund steht dabei die Entlohnung von Fachlehrkräften an der Volksschule. Gugger hat damit in Win-

terthur Erfahrung: Er war Mitglied einer Arbeitsgruppe, welche die Löhne der Religionslehrer neu einstuft und zwei Prozent Lohnsumme einsparte. «Übertragen auf den Kanton, ergibt das mehrere Millionen Franken Sparpotenzial», sagte Gugger.

Die Gesichter von Parteipräsident Zollinger und Fraktionspräsident Reinhard wurden bei diesen Worten lang und länger. Zollinger beeilte sich beizufügen, dass für die EVP selbstverständlich nicht das Bildungswesen beim Sparen im Vordergrund stehe. Reinhard ist auch Präsident der vereinigten Personalverbände des Staatspersonals und vertritt damit auch die Lehrer gegenüber der Politik. Er sagte: «Da müssen wir noch darüber reden.»

Regierungskandidat Gugger aber blieb dabei: «Die Personalverordnung muss man noch anschauen.» In der Personalverordnung sind die Lohnabstufungen der kantonalen Angestellten festgelegt. Aber er sehe, dass er mit den «Silberrücken» in seiner Partei noch diskutieren müsse. «Auch die Vielfalt der Meinungen macht die Stärke der EVP aus.»

Der 44-jährige Gugger ist Mitglied des Winterthurer Stadtparlaments. 2010 verpasste er den Einzug in den Stadtrat um knapp 1500 Stimmen und schied als Überzähliger aus. Beruflich ist er Gesamtleiter der Winterthurer Fabrikkirche und Patron des Ristorante Concordia. Gern bezeichnet er sich auch als «Querdenker».

Sozialhilfe-Notstand in Winterthur

Winterthur - Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist in Winterthur erneut angestiegen. Im Vergleich zu 2012 nahm sie im Jahr 2013 um 8,4 Prozent zu. Insgesamt haben die Sozialausgaben im letzten Jahr die 100-Millionen-Grenze überschritten. Wie der Leiter der Sozialen Dienste, Ernst Schedler, gestern erklärte, ist die Zunahme der Sozialhilfebezüger immer eine Folge gesetzlicher Verschärfungen bei der Arbeitslosen- oder der Invalidenversicherung. «Wenn Menschen ausgesteuert werden oder keine IV-Leistungen erhalten, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass sie bei der Sozialhilfe landen.»

Zu Buche schlagen bei den Sozialkosten auch die steigenden Wohnungsmieten. «Es gibt zwar Richtlinien zu den maximal übernommenen Mietkosten», erläuterte Schedler. «Doch wenn es nicht realistisch ist, eine billigere Wohnung zu finden, zahlen wir auch einmal mehr.» Ein Drittel der Sozialhilfeausgaben seien Wohnkosten. Zum Leben erhalten ein Sozialhilfeempfänger gerade mal 976 Franken im Monat.

Den höchsten Anteil von Sozialhilfeempfängern gibt es bei den ganz Jungen und den Älteren. Das Risiko, als «Älterer» keine Arbeit mehr zu finden und ausgesteuert zu werden, beginnt laut Schedler bereits mit 50. Da die Zahl Bedürftiger ansteigt, möchte Winterthur zusammen mit anderen Gemeinden erreichen, dass die Soziallasten innerhalb des Kantons und der Schweiz gerechter verteilt werden. (ame)

Winterthur schliesst Platz für Fahrende

Winterthur - Kaum erstellt, wird der Betrieb des Durchgangsplatzes für Fahrende Rietberg in Oberwinterthur eingestellt. Der Grund: Roma aus Frankreich haben den Platz in Beschlag genommen und die Wege rund um den Platz als Freilufttoiletten benutzt.

Vor zwei Jahren hatte der Grosse Gemeinderat Winterthur eine halbe Million Franken für den Platz bei der Autobahnauffahrt Oberwinterthur bewilligt. Die 14 Plätze sollten in erster Linie Schweizer Fahrenden, den Jenischen, zur Verfügung stehen. Im Juni 2013 wurde der Betrieb aufgenommen. Waren ursprünglich Jenische auf dem Platz, so zogen immer mehr Roma aus dem Elsass dazu. Dabei häuften sich Klagen von Anrainern und Spaziergängern wegen der unzumutbaren hygienischen Zustände. Zudem hatten die Platzbewohner illegal Strom abgezapt. «Wir waren unter Zwang und mussten handeln», sagt Daniel Beckmann, stellvertretender Kommandant der Stadtpolizei. Man mache einen Marschhalt und prüfe, wie es mit dem Platz weitergehen solle.

Stadträtin Barbara Günthard-Maier (FDP) hofft, dass der Platz vor Ablauf der Saison Ende Oktober wieder eröffnet werden kann. Man müsse mit dem Bund und dem Kanton abklären, ob ein Platz nur für Schweizer Jenische gegen das Diskriminierungsverbot verstosse. Das Zusammenleben der Roma und der Jenischen sei im Alltag nicht möglich gewesen, nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen «Toilettenkultur». (hoh)

Erneute Kampfansage der Hauseigentümer

Zürich - Die Gegner der Abstimmungsvorlage «Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum» sind in Aufruhr. Sie wollen verhindern, dass Gemeinden über das Planungs- und Baugesetz festlegen können, bei welchen Überbauungen günstiger Wohnraum angeboten werden muss. Hans Egloff, SVP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Hauseigentümergebietes (HEV), warnt: «Unter dem harmlosen Titel 'Änderung des Planungs- und Baugesetzes' soll die Kostentante eingeführt werden.» Für Investoren würde so die Rendite kleiner.

Zur Kampfansage hat das überparteiliche Komitee am Dienstag ins Hotel Schweizerhof geladen. Es war der offizielle Auftakt, um für die Abstimmung am 28. September mobil zu machen. Inoffiziell eröffnete der kantonale HEV den Kampf bereits Anfang Monat mit einem anonymen Inserat - was für Ärger sorgte (TA vom 12. August). Der Verband suchte frustrierte Wohngenosser. Bisher habe sich niemand gemeldet, sagt HEV-Direktor Albert Leiser.

Neben dem HEV engagieren sich die FDP-Kantonsrätinnen Carmen Walker Späh, Regine Sauter, Direktorin der Zürcher Handelskammer, und SVP-Kantonsrat Hans Heinrich Raths im Komitee. Für Walker Späh bedeutet die Gesetzesänderung mehr Kosten und Aufwand für die Verwaltung. SVP-Kantonsrat Raths bezweifelt, dass sie Wohnungen für die Bedürftigen schaffe. Statt Wohnraum per Gesetz zu vergünstigen, solle der Staat mehr Beiträge an jene zahlen, die sich eine Wohnung nicht leisten könnten, sagt er. Unter dem Strich fordert der SVP-Mann also mehr Sozialhilfe. (meg)

Nachrichten

Strafvollzug

Risikotäter werden heute schneller erkannt

Zürich - Der sogenannte risikoorientierte Sanktionenvollzug (ROS) hat sich bewährt. Das sagte Justizdirektor Martin Graf (Grüne) gestern an einer Medienkonferenz. Dank diesem System werden heute Risiko-Straftäter besser erkannt. Das Konzept: Alle Personen, die zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden sind, werden automatisch einer standardisierten Vorabklärung unterzogen. Zeigt sich ein Risiko - etwa aufgrund einer Vorstrafe - für Gewalt- oder Sexualdelikte, wird die Person vertieft abgeklärt und wenn nötig therapeutisch behandelt. Sämtliche Schritte werden systematisch überprüft. Zuvor wurden nur jene Täter abgeklärt, deren Rückfallrisiko offensichtlich war. (leu)

Selbstunfall

Auch Ehemann ist seinen Verletzungen erlegen

Fällanden - Am Samstag ist bei einem Verkehrsunfall eine 82-jährige Beifahrerin so schwer verletzt worden, dass sie noch auf der Unfallstelle starb. Der Lenker, ihr 89-jähriger Ehemann, erlitt schwere Verletzungen. Wie die Kantonspolizei gestern mitteilte, starb der Mann am Montagabend im Spital. Er war auf der Maurstrasse von der Fahrbahn abgekommen und in Bäume geprallt. (hoh)

Limmat

Vermisster Rentner tot aufgefunden

Unterengstringen - Der seit Montagmorgen vergangener Woche vermisste 89-jährige Ernst Sannemann aus Altstetten ist am Freitagabend von einem Passanten in der Limmat tot aufgefunden worden. Die Kantonspolizei barg die Leiche. Die genaue Todesursache ist noch nicht bekannt. Es gibt aber keine Hinweise auf eine Fremdeinwirkung. (hoh)

Delegiertenversammlung

FDP sagt klar Ja zur Freizeitanlage Heuried

Zürich - Die FDP Stadt Zürich empfiehlt ein Ja zum Kredit vom 81 Millionen Franken für den geplanten Neubau der Sport- und Freizeitanlage Heuried. Dies hat die Delegiertenversammlung gestern Abend mit 52:11 Stimmen entschieden. Der Kredit kommt am 28. September zur Abstimmung. Im Heuried im Friesenbergquartier sollen eine neue Kunsteisbahn und ein neues Freibad gebaut werden. (mth)